

Gstöhl schliesst Volksabstimmung nicht mehr aus: «Uns ist es ernst»

Verärgert Mehrere Senioren äussern in Leserbriefen ihren Unmut darüber, dass die Renten seit elf Jahren nicht erhöht wurden. Sie fordern die Landtagsabgeordneten auf, die sogenannte «Fairness»-Initiative zu unterstützen und Abhilfe zu schaffen.

VON SILVIA BÖHLER

Die Leserbriefе von Christl Gstöhl, Karl Jehle und dem Seniorenbund lassen erahnen, dass sich so einiges an Wut aufgestaut hat. «Mit dem langjährigen Rentenstopp haben die Rentner ihren Beitrag zur Sanierung des Staatshaushaltes geleistet. Der ist seit Längerem saniert. Ein weiterer Rentenstopp ist daher unnötig und unfair», schreibt etwa der Seniorenbund. Christl Gstöhl und Karl Jehle wenden sich an den Landtag, der es in der Hand habe, einen Rentenstillstand zu verhindern. Ihre Zeilen enthalten eine klare Botschaft: «Sollte sich in dessen Reihen allerdings keine Mehrheit für dieses Anliegen finden, wird auch in diesem Falle das Volk das letzte Wort haben. Wir stehen bereit.»

Leben am Limit

Im Gespräch mit dem «Volksblatt» verschafft sich Christl Gstöhl Luft: «Seit vielen Jahren hören wir die Lobreden der Politiker, dass die Senioren mit ihrer harten Arbeit das Fundament für den heutigen Wohlstand gelegt hätten. Gleichzeitig werden genau diese Senioren seit Jahren einfach abgespeist.» Gstöhl erinnert an das bescheidene Leben vor einigen Jahrzehnten: «Viele haben tagein, tagaus gearbeitet, haben sich keine Ferien gegönnt, stattdessen gespart, damit es die Jungen einmal besser haben.»

Richtig betroffen haben die Eschnerin dann aber einen Besuch bei einer über 80-jährigen Anfang des Jahres gemacht: «Sie sass im Wintermantel in der Stube, der Thermostat war auf 16 Grad Celsius eingestellt,



Christl Gstöhl will den Rentenstillstand nicht weiter hinnehmen. (Foto: Michael Zanghellini)

weil sie Angst hatte, die steigenden Kosten für das Heizöl nicht mehr bezahlen zu können. Ist das ist unser Wohlstandsstaat?»

Volksabstimmung möglich

Immer wieder werde Gstöhl darauf angesprochen, dass etwas geschehen müsse, um zu verhindern, dass immer mehr Senioren in die Armut abrutschen. Betroffen seien vor allem ältere Menschen, die nur eine AHV-Rente beziehen und sich die Lebenshaltungskosten nicht mehr leisten können. «Alles ist teurer geworden, vom Frisör bis zu den Lebensmitteln. Die Politiker können sich

nicht vorstellen, wie es ist, mit 1600 bis 1800 Franken leben zu müssen», so Gstöhl. Der Ärger, der sich über die Rentennullrunden der vergangenen Jahre gesammelt hat, scheint bei vielen Menschen inzwischen derart gross, dass Christl Gstöhl schon an eine Volksabstimmung denkt: «Uns ist es ernst. Wenn die Abgeordneten der Initiative nicht zustimmen, gehen wir Stimmen sammeln. Es geht darum, den Mischindex wieder einzuführen.»

Abgeordnete am Zug

Die Sparmassnahmen zur Sanierung des Staatshaushaltes waren der

Grund dafür, dass die AHV-Rentenberechnung vom Lohnindex abgekoppelt und nur mehr an den Konsumentenpreisindex gebunden ist. Letzterer ist in den vergangenen zehn Jahren aber kaum gestiegen und folglich gab es in dieser Zeit keinen Teuerungsausgleich für die Renten.

Die sogenannte «Fairness»-Initiative, eingereicht von den Abgeordneten Johannes Kaiser (FBP) und Manfred Kaufmann (VU), hat das Ziel, zum Mischindex bei der AHV-Rentenberechnung zurückzukehren. Der Landtag wird die Gesetzesvorlage heute, Mittwoch, diskutieren.

Verständnis für Senioren – Doch will die Politik zurück zum Mischindex?

Debatte Welche Reformen sind für ein zukunftsfähiges Rentensystem notwendig und ist die «Fairness»-Initiative ein erster Schritt dazu? Heute diskutieren die Landtagsabgeordneten darüber.

VON SILVIA BÖHLER

Elf Jahre lang wurden die Renten im Land nicht erhöht. Der Unmut der älteren Menschen wird grösser, zumal insbesondere jene, die ausschliesslich auf die Bezüge der AHV-Rente angewiesen sind, immer häufiger Mühe haben, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Viele Senioren erachten die Situation als inakzeptabel und unfair. Eine Reform und mehr Geld im Portemonnaie soll die «Fairness»-Initiative der Abgeordneten Johannes Kaiser (FBP) und Manfred Kaufmann (VU) bringen, die heute im Landtag diskutiert wird. Das «Volksblatt» hat sich bei den Parteien umgehört, wie sie zu dieser Initiative stehen.

Grundsätzlich wird den Senioren grosses Verständnis entgegengebracht und die Demokraten pro Liechtenstein (DpL) befürworten die Initiative, die den älteren Menschen eine moderate Rentenerhöhung beschern würde. Herbert Elchuch bestätigt: «Die Initiative geht in die richtige Richtung.» Die AHV-Rente sollte seiner Meinung nach mit der Zeit Schritt halten, damit die Kaufkraft erhalten bleibt. Durch

die Berücksichtigung des Lohn- und Konsumentenindex (Preis- und Lohnentwicklung) würden Veränderungen von Lebenshaltungskosten und Einkommen besser abgebildet.

Andere Fraktionen zögern

Bald gehen die geburtenstarken Jahrgänge in Pension und auch der demografische Wandel schreitet voran. Wie soll also das Rentensystem in Zukunft aussehen? Patrick Risch, Fraktionssprecher der Freien Liste (FL), betont die Bedeutung der AHV als wichtigsten Pfeiler der Altersvorsorge - dafür müsse Sorge getragen werden. Einer Rückkehr zum Mischindex steht seine Fraktion jedoch noch zögerlich gegenüber: «Ob allein mit einem Zurück zum Mischindex Sorge für die AHV getragen werden kann, wird die Landtagsdiskussion zeigen. Die Fraktion der Freien Liste wird die Diskussion aktiv mitgestalten und aufgrund der Erkenntnisse entscheiden.»

Skepsis hört man auch in den eigenen Reihen der Abgeordneten Johannes Kaiser und Manfred Kaufmann. Fraktionssprecher Daniel Oehry (FBP): «In unserer Fraktion gibt es unterschiedliche Meinungen dazu, ob der Mischindex der richtige Weg ist. Es ist uns aber wichtig, darüber zu diskutieren, weshalb für uns das Eintreten ausser Frage steht. In erster Lesung werden dann Pro und Contra gegenübergestellt.» Ähnlich klingt es bei Michael Winkler, Generalsekretär der Vaterländischen Union (VU): «Es zeichnet sich ab, dass die Initiative in der Fraktion



Manuel Frick wird sich heute zahlreichen Fragen stellen müssen. Unser Foto zeigt den Gesellschaftsminister mit Seniorenbundpräsidentin Renate Wohlwend anlässlich des Internationalen Tages der älteren Menschen 2021. (Foto: MZ)

Unterstützerinnen und Unterstützer finden wird, es wird aber sicher auch das eine oder andere kritische Wort dazu geben.» Innerhalb der VU werden wir immer öfter mit solchen Vorstössen - und entsprechender Sympathie dafür - rechnen müssen.» Der Vorstoss zeige abermals, dass das Gesellschaftsministerium gut beraten sei, die Altersstrategie nicht auf die lange Bank zu schieben.

heitlichen Strategie werden wir alle anfällig für Einzellösungen und Klientelpolitik. Solange wir also keine Gesamtstrategie vorliegen haben, werden wir immer öfter mit solchen Vorstössen - und entsprechender Sympathie dafür - rechnen müssen.» Der Vorstoss zeige abermals, dass das Gesellschaftsministerium gut beraten sei, die Altersstrategie nicht auf die lange Bank zu schieben.